

Arbeit muss sich für alle lohnen!



Notwendige Reformen für Bezieher:innen von Bürgergeld und Geringverdiener:innen

Im Zusammenspiel unterschiedlicher Sozialleistungen und Sozialabgaben, die jeweils eigenen Regeln gehorchen, kommt es im Übergang zwischen Sozialleistungsbezug und Erwerbsarbeit zu hohen Transferentzugsraten, die kaum Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit bieten. Vor dem Hintergrund sozialetischer Orientierungen werden verschiedene Reformvorschläge kurz vorgestellt und diskutiert, die von der Einführung einer Kindergrundsicherung bis zu sehr weitreichenden Veränderungen wie der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens reichen. Für zielführend halten die Autoren Ansätze, die mehrere Sozialleistungen bündeln und dabei Transferentzugsraten vereinheitlichen und absenken. Ein eindeutiges Votum ist jedoch erst auf der Grundlage von Modellrechnungen möglich, die die Folgen sowohl für die Finanzierung, als auch für den Arbeitsmarkt und die Einkommensverteilung berücksichtigen.



Georg Cremer



Gerhard Kruij

© Roman Herzog Institut, München

Vorbemerkung

„Mit dem neuen Bürgergeld lohnt sich Arbeit mehr“, so Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am 24.11.2022 anlässlich des Beschlusses von Bundestag und Bundesrat nach der Einigung der Ampelkoalition und der CDU/CSU im Vermittlungsausschuss.¹ Wenn Bürgergeldempfänger:innen eine Arbeit aufnehmen, werden vom eigenen Einkommen wie bisher die ersten 100 Euro nicht, zwischen 100 Euro und der Minijob-Grenze von 520 Euro 80% und danach bis 1.000 Euro nur 70% statt bisher 80% auf das Bürgergeld angerechnet, was den Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, erhöht. Bis zur Minijob-Grenze können Schüler:innen, Studierende und Auszubildende hinzuverdienen, ohne dass das auf den Bürgergeldbezug angerechnet wird. Weiterhin aber gibt es im Zusammenspiel der verschiedenen Sozialleistungen und der Sozial-

abgaben für Bezieher:innen von Bürgergeld und Geringverdiener:innen teilweise Transferentzugsraten, die so hoch sind, dass Betroffene kaum mehr Geld zur Verfügung haben, obwohl ihr Erwerbseinkommen gestiegen ist. In Einzelfällen kann sogar der Effekt eintreten, dass sich die Einkommenssituation verschlechtert, wenn mit steigendem Einkommen vergünstigte Leistungen, die vor Ort gewährt werden, entfallen. Schon lange werden Reformen diskutiert, die diese Problemlagen beseitigen sollen. Bevor wir diese exemplarisch vorstellen und kommentieren, sollen die sozialetischen Orientierungen dargestellt werden, nach denen sich solche Reformen richten sollten. Am Ende wird deutlich werden, dass es keine Patentlösungen gibt, mit denen alle Probleme beseitigt wer-

den können. Dies gilt erst recht dann, wenn man nach den Möglichkeiten politischer Durchsetzung und der Finanzierung fragt.

Sozialetische Orientierungen für notwendige Reformen

Ohne dies im Einzelnen begründen zu müssen – man könnte hier sowohl von den Prinzipien kirchlicher Sozialverkündigung als auch von einschlägigen Gerechtigkeitstheorien her argumentieren (Kruij 2022) – kann wohl von den folgenden, hier nur grob skizzierten Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit ausgegangen werden: Alle Menschen, die legal und dauerhaft in Deutschland leben², haben Anspruch auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum, das es

¹ Diese und weitere aktuelle Informationen zum neuen Bürgergeld auf <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/Buergergeld/buergergeld.html>.

² Wir lassen hier diejenigen außer Betracht, die in Deutschland ohne einen legalen Aufenthaltsstatus leben sowie EU-Bürger:innen, die zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland